

Ähnlich ist es beim Rat des Kreises Lübben/Cottbus, wo zwar Maßnahmenpläne erarbeitet wurden, aber in den einzelnen Fachabteilungen die Ansicht vertreten wird, daß die Durchführung ausschließlich Sache der Abteilung Innere Angelegenheiten sei. Ähnliche Meinungen des Ressortgeistes bestehen in den Leitungen der örtlichen Partei- und Massenorganisationen und in den Werksleitungen.

Völlig unzureichend wird durch die staatlichen Organe, die Parteien und Massenorganisationen auch mit den Personen gearbeitet, die beabsichtigten, die DDR illegal zu verlassen, von den Sicherheitsorganen jedoch gestellt und wieder in ihre Heimatorte zurückgeschickt wurden. Die Zeitspanne von der Aussprache bei der VP bis zu den Aussprachen des Staatsapparates oder der Parteien und Massenorganisationen mit diesen Personen ist zu lang. Während dieser Zeit sind sich diese Personen selbst überlassen und versuchen, meist aus Furcht vor einer evtl. Bestrafung, erneut die DDR zu verlassen, was vielfach gelingt, selbst wenn sie nur im Besitz einer PM 12 sind.

Aber auch in der Tätigkeit der Sicherheitsorgane gibt es noch verschiedene Mängel, die zum Teil ebenfalls auf eine Unterschätzung der Republikfluchtbekämpfung zurückzuführen sind. So werden beispielsweise die staatlichen Organe, Betriebe, Parteien und Massenorganisationen von der Rückschleusung festgehaltener Republikfluchtverdächtiger zu spät durch die zuständigen Stellen der VP *informiert*

Mängel zeigen sich auch bei der Rückführung von Personen, die unter dem Verdacht der Republikflucht auf dem Wege nach Berlin bzw. am Ring um Berlin festgenommen wurden. So liegen Hinweise vor, wonach vorläufig festgenommene Personen von den Kontrollorganen mit der Anweisung zurückgeschickt wurden, sich auf ihrem zuständigen VPKA zu melden. Diese Personen nutzten dieses unkontrollierte Vorgehen dazu aus, um auf anderem Wege nach Westberlin zu gelangen.